Ortsgemeinde Monreal

Vorlage Nr. 074/087/2018

Beschlussvorlage

TOP

**Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage Gemarkung Monreal, Flur 2, Flurstück 48/27;
- Einvernehmenserteilung gem. § 36 BauGB i.V.m. § 31 Abs. II BauGB**

Verfasser:
Bearbeiter: Michael Hinz
Fachbereich: Fachbereich 2

Datum:
30.07.2018

Aktenzeichen:

Telefon-Nr.:
02651/8009-51

Gremium	Status	Termin	Beschlussart
Ortsgemeinderat	öffentlich	30.07.2018	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ortsgemeinderat beschließt, zum Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage in 56729 Monreal, Flur 2, Flurstück 48/27, das Einvernehmen gemäß § 36 BauGB i.V.m. § 31 Abs. 2 BauGB zu erteilen / nicht zu erteilen.

Etwaige Anträge:

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

☐ Ein- stimmig	☐ Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	☐ Laut Beschlussvor- schlag	☐ Abweichender Beschluss
---	--	----	------	------------	--	---

Sachverhalt:

Der Ortsgemeinde Monreal liegt ein Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage in Monreal, Weiherdamm, Flur 2, Flurstück 48/27, vor.

Der komplette Bauantrag liegt der Ortsgemeinde zur Einsichtnahme vor.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans „In dem Weyer“. Die Zulässigkeit beurteilt sich daher nach § 30 BauGB.

Die Bauherren möchte das Vorhaben abweichend vom Bebauungsplan errichten / herstellen.

Das geplante Vorhaben verstößt offensichtlich gegen die Festsetzungen des Bebauungsplanes. Das Vorhaben soll mit einer Drenpelhöhe von 1,25 m realisiert werden. Gemäß den textlichen Festsetzungen ist eine max. Drenpelhöhe von 0,80m vorgegeben. Entsprechender Befreiungsantrag mit Begründung liegt dem Bauantrag bei.

Gemäß § 31 Abs. 2 BauGB kann von den Festsetzungen des Bebauungsplans befreit werden, wenn

1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern oder
2. die Abweichung städtebaulich vertretbar ist oder
3. die Durchführung des Bebauungsplans zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und wenn
 - die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und
 - wenn die Abweichung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

Der Ortsgemeinderat hat hierzu über das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB i.V.m. § 31 Abs. 2 BauGB zu beraten und zu beschließen.

Finanzielle Auswirkungen?				
☐ Ja ☒ Nein				
Veranschlagung				
☐ Ergebnishaushalt 20	☐ Finanzhaushalt 20	☐ Nein	☐ Ja, mit €	Buchungsstelle:

Anlagen: